

Kleine Anfrage 1968

des Abgeordneten Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Hermes-Ansiedelung im „Gewerbegebiet WWZ Havelland“ (Güterverkehrszentrum Berlin West) in Brieselang unter Umgehung der Festsetzungen im Bebauungsplan

Für das genannte Gewerbegebiet wurde vor ca. 20 Jahren der Bebauungsplan Nr. 92/1 erstellt und genehmigt. In ihm sind zum Schutz des in der Nähe befindlichen großen Wohngebietes hinsichtlich des aus diesem Gewerbegebiet abgehenden Lärmes eindeutige Beschränkungen gesetzt. So sind tagsüber 54 db und nachts 43 db zugelassen.

Anfang 2016 präsentierte das Unternehmen Hermes den Gemeindevertretern sein Vorhaben zur Ansiedelung und teilte dabei mit, dass es die im Bebauungsplan festgesetzten Maximalwerte der Lärmemission nicht einhalten werde. Das sei den technologischen Abläufen bei Hermes geschuldet, wonach der stärkste Fahrzeugverkehr bei der Anlieferung bzw. der Abholung nachts sein wird.

Am 17.05.2016 sollte auf einer Gemeindevertretersitzung in Brieselang die Lärmfestsetzung aus dem Bebauungsplan mit Beschlussvorlage BV/0346/16 durch Verweis auf die Anwendung der TA Lärm ersetzt werden. Da sich hierzu aber Widerstand regte, zog der Bürgermeister diese Beschlussvorlage zurück.

Sinngemäß die gleiche Beschlussvorlage kam als BV/0351/16 am 22.06.2016 erneut auf die Tagesordnung mit dem zusätzlichen Hinweis, dass eine Festlegung aus dem Bebauungsplan nicht einfach per Beschluss zu ändern ist. Daher sollte zukünftig die Anwendung der TA Lärm erfolgen. Dieser Beschlussvorlage wurde mehrheitlich zugestimmt, wodurch die Lärmfestsetzung aus dem Bebauungsplan bei der Beurteilung des Hermes-Projektes praktisch außer Kraft gesetzt ist.

Bei den Anliegern gibt es erhebliche Kritik an diesen zu ihrem Nachteil wirkenden Maßnahmen. So wird die angebliche Notwendigkeit der Aufhebung der Lärmvorgaben in Zweifel gezogen.

Aus ihrer Sicht zeigen die beiden erwähnten Beschlussvorlagen sowie das ganze Verfahren hierzu deutlich, dass die hier handelnden Personen ihr Agieren ausschließlich an der Befriedigung der Interessen eines Investors ohne Rücksicht auf die Anwohner ausrichten.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Das Gewerbegebiet WWZ Havelland / Güterverkehrszentrum Berlin West wird auf der Website der Gemeinde Brieselang als „Gewerbegebiet“ ausgewiesen. Das Gutachten hält hingegen die vorgeschriebene Lärmbeschränkung für unwirksam, da es sich um ein Industriegebiet handelt, für das keine Lärmbeschränkungen zulässig seien. Welchen Status hat das Gebiet?
2. Haben Kommunen in Brandenburg die rechtliche Möglichkeit, für Gewerbegebiete oder Industriegebiete über die TA Lärm hinausgehende Beschränkungen der erlaubten Lärmemissionen vorzunehmen? Wenn ja: Welche Möglichkeiten bestehen hierfür und auf welcher rechtlichen Grundlage?
3. Neben Brieselang wurden auch in anderen Kommunen „Lärmkontingente“ für Industrie- oder Gewerbegebiete festgelegt. Das Gutachten erklärt jedoch „vorhabenunabhängige Lärmkontingentierung“ insgesamt für nicht zulässig. Teilt die Landesregierung diese Auffassung?
4. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Gutachtens, dass die Beschränkung der Lärmemissionen in Industriegebieten über die TA Lärm hinaus durch den Bebauungsplan für unzulässig erklärt?
5. Das Gutachten geht davon aus, dass der Verweis auf eine DIN-Vorschrift im Bebauungsplan nicht rechtens sei, da nicht aufgeführt sei, wo diese DIN-Vorschrift zur Einsichtnahme bereitgehalten werde. Eine Recherche sei „nicht zumutbar“. Muss in Bebauungsplänen beim Verweis auf DIN-Normen und/oder DIN-Vorschriften darauf hingewiesen werden, wo diese zur Einsichtnahme bereitgehalten werden?
6. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Aushebelung einer wichtigen Festlegung im Bebauungsplan auf die erfolgte Art und Weise und ohne Beteiligung der Bürger rechtmäßig ist?
7. Die Bürger haben im Vertrauen auf die Rechtmäßigkeit der Lärmbeschränkung für das Gewerbegebiet keinen Einspruch gegen den 1994 aufgestellten Bebauungsplan eingelegt. Im Vertrauen darauf wurden im anliegenden Wohngebiet seit zwei Jahrzehnten Häuser gebaut, renoviert oder gekauft. Inwieweit gilt für die Anwohner ein Vertrauensschutz?